

DAVID ROSENBERG (Herausg.)

Marcos and Martial Law in the Philippines

Cornell University Press, Ithaca, London, 1979, 315 S., 19,50 \$

Obwohl das autoritäre Martial-Law-Regime in den Philippinen, das eine zuvor formal funktionierende bürgerliche Demokratie ablöste, schon mehr als acht Jahre existiert, fehlt bisher noch eine monographische Gesamtanalyse dieses Systems. Dies ist um so erstaunlicher, wenn man bedenkt, allein wie viele Amerikaner sich mehr oder weniger ausschließlich mit „Philippine Studies“ beschäftigen. Der vorliegende Sammelband stößt in diesem Sinne in eine Leerstelle, die er (thematisch) allerdings etwas ungleichmäßig ausfüllt. Er enthält neben der Einleitung des Herausgebers fünf Beiträge von philippinischen (zwei) und amerikanischen (drei) Autoren, die man meist schon von ihren anderen Arbeiten in guter Erinnerung hat. Drei Aufsätze sind allerdings schon (1973/74) in Zeitschriften veröffentlicht worden. Sie wurden nur durch einige neuere Daten (bis allenfalls Mai 1978) ergänzt. Ein knappes Drittel des Buches nimmt ein Anhang ein, in dem Proklamationen und Verordnungen des ML-Regimes sowie einige Dokumente der Opposition abgedruckt sind (zusammen 14 Titel).

Den längsten Beitrag steuert der philippinische Politik-Wissenschaftler J. V. Abueva über „Ideology and practice in the ‚New Society‘“ bei, in dem er einen Gesamtüberblick und eine Globalanalyse des ML-Regimes versucht. Abueva bemüht sich hier um ein sehr differenziertes Bild. Er zeigt, wie die Macht von Marcos zentralisiert wurde und wie eine neue Machtstruktur geschaffen wurde, zu der, nach der Marcos-Romualdez-Clan, das Militär, Kabinettsmitglieder, die Bürokratie und Technokraten sowie Kommunalbeamte und verschiedene große Geschäftsleute gehören (S. 55). Andererseits wurde das größere Potential der neuen Entscheidungsstruktur, zu einer rationaleren, besser koordinierten und schnelleren Formulierung und Umsetzung der Politik, weitgehend vertan. Das Regime sei dennoch nicht ohne Verdienste (Anhebung der Steuerextraktionsrate, Ausweitung der öffentlichen Arbeiten und der Beschäftigung, Nahrungsmittelversorgung, „Recht und Sicherheit“, Zahlungsbilanz) (S. 43, 49, 58). Auch wurden einige redistributiven Programme mehr oder weniger erfolgreich durchgeführt (Medicare, Landreform). Dennoch ist ein erheblicher Verfall der Reallöhne zu konstatieren, wirkt das Steuersystem nach wie vor regressiv (S. 65). Nutznießer des Regimes sind letztlich nur die Unternehmer, die Kapitalisten und die Manager (S. 73). Allerdings schließt Abueva eher versöhnlich: Wenn das Marcos-Regime nur wolle – schreibt er (S. 82/83) – hätte es auch die Macht, Strukturreformen zugunsten der kleinen Leute durchzuführen, geschehe dies nicht, würde jedoch eine historische Chance vertan werden.

Obwohl man Abueva nicht in jeder seiner Einschätzungen folgen kann, handelt es sich bei diesem Aufsatz bisher sicherlich um eine der profundesten Gesamtanalysen des ML-Regimes. Allerdings vermißt man bei ihm eine Diskussion der Rationalität des (peripher) kapitalistischen Entwicklungsweges, den das Marcos-Regime, im Gegensatz zu aller populistischer Rhetorik, konsequenter als je zuvor, in den Philippinen zu beschreiten versucht. Der Beitrag des philippinischen Juristen Rolando V. del Carmen befaßt sich mit „Constitutionality and Judicial Politics“. Er bejaht in diesem zwar die Legalität der Verhängung von Martial Law, bezweifelt aber, daß die neue Verfassung ordnungsgemäß ratifiziert wurde und macht deutlich, wie der autoritäre Staat auch die Unabhängigkeit der Justiz eingeschränkt und die „rule of law“ ausgehöhlt hat. Auch del Carmen – wie alle anderen Verfassungsrechtler, die sich mit dieser Frage beschäftigen haben –, geht in seiner Diskussion nicht auf die „New Society“-Rhetorik von Ferdinand Marcos ein, das heißt auf den Anspruch des Regimes, eine ganz neue, andere Gesellschaft, mit anderen politischen Institutionen zu gestalten.

Kann die Option einer derartig grundlegenden Umwälzung (hier wird nur mit der These argumentiert), dazu noch allein durch die Exekutive vollzogen, ohne breiten Konsensus durch andere Verfassungsorgane, von einer Verfassung selbst offengelassen sein?

Benedict J. Kerkvliet's Aufsatz „Land reform: Emancipation or counterinsurgency?“ war, als er 1974 in *Pacific Affairs* erschien, die erste kritische Analyse zur Landreform des ML-Regimes. Er war damals insofern verdientvoll, als er als erster die euphorische Reformrhetorik mit der Wirklichkeit konfrontierte. Obwohl hier leicht verändert abgedruckt, ist er inzwischen allerdings etwas angegraut (er berücksichtigt nur die Entwicklung bis 1975). Zur rhetorischen Frage des Titels läßt sich zudem sagen, daß jede Reform von oben – der keine soziale Revolution vorausging – wohl auch eine Funktion im Rahmen der „counterinsurgency“ haben soll und wird. Die Frage wäre also besser gestellt „emancipation and counterinsurgency?“ Versucht ein Regime also durch die Beseitigung der ländlichen Ausbeutungsverhältnisse einer ländlichen Guerilla die soziale Basis zu entziehen oder versucht es dies allein schon durch symbolische Gesten, Rhetorik, Ideologie zu erreichen (ohne gesellschaftliche Transformation). Kerkvliet unterstellt im vorliegenden Fall das letztere: “By distributing a handful of land-transfer certificates each month and reaching a small number of peasants through other agrarian projects, the government has kept alive its promise to emancipate all landless villagers.” (S. 141). Die Frage wäre nur, ob eine derartige symbolische Reform von Anfang an die Intention des Regimes gewesen ist (wie Kerkvliet unterstellt) oder ob man sich nach den ersten Erfolgen (Stabilisierung des ML-Regimes, Beseitigung des großen Landbesitzes im Reis- und Maissektor) und unerwartet zähem Widerstand von Klienteln, die man eigentlich auch für sich gewinnen wollte (der kleinen und mittleren Landbesitzer), erst später dazu entschlossen hat. Zur Beurteilung der Reform reicht es natürlich auch nicht aus, sich Zahl und Perspektiven der Pächter anzusehen, die ihr Land bekommen sollen bzw. schon bekommen haben (die, wenn sie ein CLT bekommen haben, bis zur Abzahlung ihres Landes in 15 Jahren durchaus nicht Pächter bleiben, wie Kerkvliet meint, S. 139). Es ist vielmehr gleichfalls zur Beurteilung der Reform notwendig, die viel größere Zahl der Pächter miteinzubeziehen, die eine Verbesserung ihres Pächterstatus erreichen (sollen) (was Kerkvliet weitgehend versäumt). Auch wenn letztlich nur ein kleiner Teil der Landlosen in den Philippinen von der Reform betroffen sein soll (Kerkvliet beziffert ihn auf 8 %, S. 131), so sollte nicht nur gesagt werden, daß dies absolut eine viel zu kleine Zielgruppe ist, sondern auch, daß im relativen Vergleich mit anderen bürgerlichen Landreformen, bisher in den Philippinen oder auch in anderen Ländern, die tatsächlich bisher erreichte Zielgruppe so schlecht gar nicht aussieht. Andererseits kommt es letzten Endes aber wohl gar nicht so sehr auf die Zahl der verteilten Landzertifikate usw. an, sondern mehr auf die Tatsache, ob die ökonomische Sicherheit und die Einkommen der kleinen (vormals abhängigen) Landbewirtschafter sich entwickelt haben. Und hierzu gehören nicht nur ihre Rückzahlungsverpflichtungen (für ihr Land), sondern auch die Entwicklung ihrer Produktivität, der Input- und der Outputpreise (also alles Determinanten, die ja alle der Staat mehr oder weniger auch beeinflussen kann und in den Philippinen auch beeinflusst). Bis auf verstreute Hinweise (zum Beispiel Steigerung der Düngerpreise, S. 139; er verschweigt aber, daß die Reis- und Maisbauern (staatlich subventionierte) niedrigere Preise als etwa die „Zuckerbarone“ zahlen mußten) führt Kerkvliet diese Diskussion jedoch nicht. Dennoch mag er in seinen Schlußfolgerungen Recht haben. Die seit Jahren eingefrorenen Erzeugerpreise für Reis, bei allgemeiner Inflation, lassen vermuten, daß auch die kleinen Landbewirtschafter (wie übrigens auch die Lohnarbeiter in den Städten) in den letzten Jahren erhebliche Realeinkommensverluste haben hinnehmen müssen.

Der Beitrag des Herausgebers, David Rosenberg, über "Liberty versus Loyalty: The transformation of the Philippines News Media under Martial Law" bietet einen vorzüglichen Überblick über die Entwicklung der Nachrichtenmedien nicht nur unter dem ML-Regime, sondern auch schon für die Zeit davor. Rosenberg diskutiert die Medienentwicklung und die staatliche Politik gegenüber den Medien unter entwicklungspolitischer Fragestellung ("What should be the role of the news media in a developing society?"). Er zeigt, wie die zuvor freie und kritische, wenn auch von verschiedenen Fraktionen der Oligarchie kontrollierte, Presse durch ML grundlegend umgestaltet und gleichgeschaltet wurde (und wie dies im einzelnen geschah). Man kann ihm wohl nur zustimmen, daß diese „policy of noncommunication“ auch für das Regime konterproduktiv sein kann und sein wird: "The captured press of the Philippines has no credibility, even to its chief architects; how can they expect the rest of the country to believe it? National unity and popular participation in the nation-building effort would be better served by a spontaneous diversity of opinion, rather than an imposed uniformity of opinion." (S. 178).

Der abschließende Aufsatz von Robert B. Stauffer („The political economy of refeudalization“) interpretiert die Genese und Entwicklung des ML-Regimes im Lichte der Dependententheorie. Er sieht in dem Regime eine Vertiefung und zum Teil sogar Umstrukturierung der Beziehungen zu den Metropolen im internationalen System, und zwar im Sinne einer Refeudalisierung dieser Beziehungen, die durch allgemein asymmetrische Interaktionen gekennzeichnet sind, in denen Einfluß überwiegend von der einen Seite ausgeübt wird, die auch den weit größeren Nutzen aus dieser Beziehung zieht (S. 184). Stauffer zeigt, wie die Bedingungen und Voraussetzungen für den „Coup“ und die Abschaffung der bürgerlichen Demokratie schon durch einen allmählichen Systemwandel in den Jahren vor 1972 geschaffen wurden: Der Bedeutungszuwachs der Exekutive, der Aufstieg junger (in den USA ausgebildeter) Technokraten, die Umstrukturierung und „Entwicklungsorientierung“ des Militärs. Die Administration versuchte ein Entwicklungsmodell durchzusetzen, das auf einer nach außen gerichteten Entwicklung beruhte, gegen die zwar eine immer stärker werdende nationalistische Agitation sich zu wehren versuchte, die aber von dem größeren Teil der einheimischen Unternehmer unterstützt wurde, die zudem in zunehmendem Maße ihre Interessen durch die bestehenden politischen Institutionen nicht mehr gewahrt sahen. Die Umstrukturierung des politischen Systems, die Unterdrückung der Opposition (allgemein und gegen das weltmarktintegrierte Entwicklungsmodell) wurde dann von den USA (durch verstärkte Militärhilfe, S. 212) unterstützt und von den MNK, durch verstärkte Investitionen im Lande (S. 213), auch zu ihrem eigenen Nutzen, honoriert.

Wie schon Kerkvliet, sucht auch Stauffer seine Argumentation geradlinig durchzuziehen, das heißt Fakten und Erwägungen, die diesen teilweise widersprechen könnten, werden nicht diskutiert. So kann von einer vorbehaltlosen Unterstützung des ML-Regimes durch die USA (vor allem unter Carter, dessen Zeit hier noch nicht berücksichtigt wird, aber auch unter Ford) wohl kaum gesprochen werden. Die „Aufrüstung“ der Philippinen (ein Begriff, der sicher auch etwas überspannt ist) sollte zudem nicht nur einseitig aus dem philippinisch-amerikanischen Verhältnis erklärt werden, sondern müßte auch unter dem Gesichtspunkt der Indochina-Ereignisse debattiert werden. Das weltmarktorientierte und -abhängige Akkumulationsmodell, um das sich das Marcos-Regime bemüht, mag in der Konsequenz zu einer „Refeudalisierung“ führen (obwohl den empirischen Nachweis im vorliegenden Fall Stauffer schuldig bleibt), sollte aber auch auf das Potential zur nationalkapitalistischen Entwicklung abgeklopft werden. Der Marcos-Clique zu unterstellen, daß sie quasi als Agenten der MNK fungiere, wie dies Stauffer implizit tut, wird deren Politik sicherlich nicht gerecht und lenkt die Aufmerksamkeit eigentlich in die falsche Richtung. Das Mar-

cos-Regime sucht zwar mit dem ausländischen Kapital zu kooperieren und dieses zur Anlage im Lande zu veranlassen. Dies kann nur gelingen, wenn die Verwertungsbedingungen für das (ausländische) Kapital im Lande verbessert werden. Die sozialen Kosten ist das Regime weitgehend bereit, in Kauf zu nehmen. Wo immer die Marcos-Regierung allerdings einen Handlungsspielraum zu haben glaubt, wie etwa bei der Verstaatlichung des Zuckerhandels, sucht sie diesen auch zu nutzen. Tatsächlich sollte man das ML-Regime daher eher als den Versuch interpretieren, dem Staatsapparat mehr Autonomie gegenüber den verschiedenen gesellschaftlichen Interessen und damit auch ein größeres Lenkungs- und Steuerungsinstrumentarium zur Durchsetzung eines kapitalistischen Entwicklungsweges zu geben. Wie sehr diese Staatsziele und -funktionen schon von ihren Trägern – dem Marcos-/Romualdez-Clan – durch deren persönlichen Zugriff auch auf die Ökonomie durch ihre politische Stellung – schon verwässert wird, wie erfolgreich diese Strategie überhaupt sein kann bzw. welche tatsächlichen Ergebnisse und Konsequenzen diese Politik tatsächlich gebracht hat, darüber kann man schon fast nicht mehr streiten. Auch in diesem Buch ist dafür eindringliches, wenn auch nicht immer erschöpfendes Material zusammengetragen worden.

Rolf Hanisch

RAPHAEL ISRAELI

Muslims in China. A Study in Cultural Confrontation

Scandinavian Institute for Asian Studies, Monograph Series No. 29, Curzon Press, London u. Malmö, 1980.

„A Neglected Problem“ ist der Untertitel des Buches „Islam in China“ von Marshall Broomhall¹, und seither ist die Klage immer wieder erhoben worden, zuletzt im vorliegenden Buch von Raphael Israeli: „No major community of Muslims has been so little-known as those of China . . .“ (S. 1). Stets aber scheint es das Anliegen der Autoren zu sein, in der einen oder der anderen Weise zu dem Problem Stellung zu nehmen, das Martin Hartmann im Vorwort zu seiner Schrift „Zur Geschichte des Islam in China“, Leipzig 1921, auf Seite III folgendermaßen formulierte: „ . . . der chinesische Islam ist erst in allerneuester Zeit Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen geworden, deren Ergebnisse nur langsam über einen kleinen Kreis hinausdrängen. Aber selbst bei mäßigster Schätzung der Zahl der Muslime liegt hier ein Gährungsstoff vor, der von Bedeutung werden kann zum Heile oder zum Unheile Chinas, und der darum Beachtung verdient.“ Und Hartmann fährt fort: „In welcher Richtung die Auseinandersetzung zwischen Islam und Chinesentum sich zu bewegen hat, damit die Muslime ihr Kräfte entwickeln und zugleich nützliche Mitglieder des chinesischen Staatswesens werden können, ist für uns nicht zweifelhaft.“ (ebd.) Eine ähnliche Auffassung wie Hartmann vertritt Wen-Djang Chu in seiner Studie über die Moslem-Aufstände im 19. Jahrhundert, wenn er schreibt: „To leave Sinkiang to a strong contender means an invitation to constant trouble. This is the basic reason behind the northwestern policy of all the Chinese governments, from the Han dynasty to the Republic of China; from the Mongols and the Manchus to the Communists of today. The Moslem problem, thorny and stubborn though it may seem to be, is really not unsolvable. Peaceful co-existence and harmonious cooperation can be worked out under any strong central government².“

Gänzlich entgegengesetzter Meinung ist Israeli im vorliegenden Buch, das weitgehend identisch ist mit der Fassung seiner Ph. D. Dissertation in Anthropologie (University of Califor-

¹ Marshall Broomhall, *Islam in China. A Neglected Problem*, London 1910.

² Wen-Djang Chu, *The Moslem Rebellion in Northwest China 1862 – 1878. A Study of Government Minority Policy*. Mouton, The Hague 1966.